

**Satzung des
Bezirksverbands Nord im BDZ
– Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – e.V.**

§ 1 Name und Zielsetzung

- (1) Rechtsgrundlage dieser Satzung ist die Satzung des BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – (nachfolgend BDZ genannt) in der jeweils geltenden Fassung (Bundessatzung), die, soweit im nachfolgenden auf sie Bezug genommen wird, Bestandteil dieser Satzung ist.
Die Bundessatzung gilt soweit diese Satzung keine konkreten Regelungen trifft.
- (2) Der Bezirksverband Nord im BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft -, im folgenden BV genannt, ist der gewerkschaftliche Zusammenschluss der Angehörigen der Bundesfinanzverwaltung (BFV) in den Bundesländern Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.
- (3) Der BV vertritt und fördert die beruflichen und sozialen Belange seiner Mitglieder.
- (4) Der BV steht vorbehaltlos zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Er ist parteipolitisch unabhängig und weltanschaulich neutral.
- (5) Der BV ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen.

§ 2 Sitz

Der BV hat seinen Sitz in Hamburg.

§ 3 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglieder des BDZ im regionalen Vertretungsbereich des BV sind Mitglieder des BV. Auf Antrag können auch Mitglieder des BDZ mit Dienst- und Wohnsitz außerhalb des BV Mitglieder des BV werden. Dazu bedarf es des Einvernehmens mit dem regional zuständigen Bezirksverband sowie ggf. der Bundesleitung des BDZ.

§ 5 Erlöschen der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft im BV endet gemäß den Vorschriften der Bundessatzung.
- (2) Durch Überweisung in einen anderen BV geht die Mitgliedschaft auf diesen über.
- (3) Mit dem Ende der Mitgliedschaft im BV erlöschen alle hieraus herzuleitenden Rechte.

§ 6 Rechte der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht,
 - a) sich im Rahmen der Satzung an der Willensbildung, den Wahlen und den Abstimmungen zu beteiligen,
 - b) Anträge über die Ortsverbände an den Bezirkstag zu stellen,
 - c) am Bezirkstag teilzunehmen,

- d) die berufsfördernden und sozialen Einrichtungen des BDZ und seiner Gliederungen zu nutzen,

(2) Die Mitglieder haben das Recht, die gewerkschaftlichen Dienstleistungen des BDZ nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen zu nutzen..

§ 7 Pflichten der Mitglieder

Jedes Mitglied ist verpflichtet,

- a) die Satzung und die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse zu beachten,
- b) sich für die Ziele des BDZ einzusetzen, alle seinem Wohl dienenden Bestrebungen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was dem BDZ oder seinen Mitgliedern schaden könnte,
- c) die satzungsgemäß festgesetzten Beiträge zu entrichten,
- d) als gewählte Vertreterin bzw. als gewählter Vertreter vor den dazu bestimmten Gewerkschaftsgliederungen Rechenschaft über die gewerkschaftliche Tätigkeit abzugeben.

§ 8 Beitragszahlung

Soweit die Beiträge nicht nach den Vorschriften der Bundessatzung von den Bezügen einbehalten werden, sind diese grundsätzlich monatlich im Voraus an den BV zu richten.

§ 9 Organe des BV

Organe des BV sind:

- a) der Bezirkstag

- b) der Bezirkshauptvorstand
- c) die Bezirksleitung (Vorstand des BV im Sinne von § 26 der Bundessatzung)

§ 10 Bezirkstag

- (1) Der Bezirkstag ist das oberste Organ des BV und findet alle fünf Jahre statt.
- (2) Mitglieder des Bezirkstags sind
 - a) die Mitglieder des Bezirkshauptvorstandes,
 - b) die gewählten stimmberechtigten Delegierten der Ortsverbände (§ 11).
- (3) Der Bezirkstag wird von der bzw. dem Bezirksvorsitzenden unter Angabe von Ort und Zeit spätestens zwei Monate vor dem Bezirkstag in der Bundeszeitschrift, in einem Mitteilungsblatt des BV und durch Rundschreiben an die Ortsverbände einberufen. Die Tagesordnung, der Geschäftsbericht, der Kassenbericht, der Vermögensnachweis, der Haushaltsvoranschlag und die Anträge (vgl. Absatz 4) werden den Mitgliedern des Bezirkstages spätestens zwei Wochen vor dem Bezirkstag bekannt gegeben.
- (4) Anträge zum Bezirkstag können die Bezirksleitung, der Bezirkshauptvorstand und seine Mitglieder, die ständigen Ausschüsse, die Ortsverbände und die Mitglieder über ihre Ortsverbände stellen. Sie sind mit Begründung spätestens sechs Wochen vor dem Bezirkstag bei der Bezirksleitung schriftlich einzureichen.

Über die Behandlung verspätet eingegangener Anträge und von Dringlichkeitsanträgen entscheidet der Bezirkstag.
- (5) Ein außerordentlicher Bezirkstag ist einzuberufen, wenn – unter Angabe der Verhandlungsgegenstände –
 - a) der Bezirkshauptvorstand dies mit Mehrheit seiner Mitglieder beschließt

oder
 - b) zwei Drittel der Ortsverbandsvorsitzenden dies fordern.
- (6) Ein außerordentlicher Bezirkstag zur Auflösung des BV (§ 26) ist einzuberufen, wenn der Bezirkshauptvorstand dies mit Dreiviertelmehrheit beschließt.
- (7) Die bzw. der Bezirksvorsitzende eröffnet den Bezirkstag; Stellvertretung ist zulässig. Nach der Eröffnung wählt der Bezirkstag aus seiner Mitte eine Verhandlungsleitung. Über den Verlauf und die Beschlüsse des Bezirkstags ist eine Niederschrift zu fertigen. Das Nähere regeln die Geschäfts- und Wahlordnung.

- (8) Der Bezirkstag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- (9) Der BV trägt die Kosten für die Entsendung der Mitglieder des Bezirkstags und der Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfer.

§ 11 Delegierte

- (1) Die Ortsverbände wählen die stimmberechtigten Delegierten zum Bezirkstag.
- (2) Ortsverbände, die zum Zeitpunkt der Einberufung des Bezirkstages mehr als 50 Mitglieder haben, entsenden je 50 Mitglieder einen Delegierten. Delegierte nach § 16 Abs. 1 Buchstabe c) werden angerechnet.

§ 12 Stimmrecht

- (1) Jedes anwesende Mitglied des Bezirkstages hat eine Stimme.
- (2) Das Stimmrecht ist übertragbar.
- (3) Die Bezirksleitung hat bei der Abstimmung über ihre Entlastung kein Stimmrecht.

§ 13 Zuständigkeit des Bezirkstags

Der Bezirkstag ist insbesondere zuständig für:

- a) Festlegung der Grundsätze für die gewerkschaftspolitische Arbeit des BV,
- b) Entgegennahme des Geschäfts- und des Kassenberichts,

- c) Entgegennahme des Berichts der Rechnungsprüfung,
- d) Entlastung der Bezirksleitung,
- e) die Wahl der Bezirksleitung, der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und zweier Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfer
- f) Beschlussfassung über
 - 1. die Satzung und ihrer Auslegung,
 - 2. die Geschäfts- und die Wahlordnung,
 - 3. den Haushalt des BV,
 - 4. regelmäßige Zahlungen an die Ortsverbände,
 - 5. Anträge,
 - 6. Richtlinien für die Ehrung von Mitgliedern.

§ 14 Amtszeit

Die Amtszeit der Mitglieder der Bezirksleitung, der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse sowie der Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfer endet mit der Wahl einer Nachfolgerin bzw. eines Nachfolgers.

§ 15 Rechnungsprüfung

- (1) Die Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfer (Rechnungsprüfung) dürfen nicht Mitglieder der Organe sein. Sie sind nur dem Bezirkstag verantwortlich und sollen gemeinsam tätig sein.
- (2) Die Rechnungsprüfung prüft das gesamte Rechnungswesen mindestens einmal jährlich. Sie kann unvermutete Prüfungen vornehmen. Über jede Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen.
- (3) Die Rechnungsprüfung berichtet über das Ergebnis der Prüfungen dem Bezirkstag sowie in den Jahren, in denen kein ordentlicher Bezirkstag stattfindet, dem Bezirkshauptvorstand.

§ 16 Bezirkshauptvorstand

- (1) Der Bezirkshauptvorstand besteht aus:
 - a) den Mitgliedern der Bezirksleitung,
 - b) den Vorsitzenden der Ortsverbände (Stellvertretung ist zulässig),
 - c) einer bzw. eines stellvertretenden Vorsitzenden der Ortsverbände, die zum Zeitpunkt der Einberufung der jeweiligen Tagung mehr als 150 Mitglieder haben (Stellvertretung ist zulässig),
 - d) den Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse (§ 20 Abs. 1).
- (2) Der Bezirkshauptvorstand tritt im Jahr mindestens zu einer Sitzung zusammen. Die bzw. der Bezirksvorsitzende beruft ihn unter Mitteilung der Tagesordnung mindestens vier Wochen vor der Sitzung ein.
- (3) Der Bezirkshauptvorstand muss unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen werden,
 - a) wenn die bzw. der BV-Vorsitzende einen Mehrheitsbeschluss der Bezirksleitung nicht ausführen will,

- b) auf schriftliches Verlangen der einfachen Mehrheit der Vorsitzenden der Ortsverbände unter Angabe der Verhandlungsgegenstände. In diesen Fällen ist die Sitzung binnen drei Wochen durchzuführen.
- (4) Der Bezirkshauptvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als zwei Drittel seiner Mitglieder, darunter mindestens zwei Mitglieder der Bezirksleitung, anwesend sind.
- (5) § 12 sowie die Geschäfts- und Wahlordnung für den Bezirkstag gelten für die Sitzungen des Bezirkshauptvorstandes sinngemäß.
- (6) An den Sitzungen des Bezirkshauptvorstandes nehmen beratend teil:
- a) Ehrenvorsitzende des BV
 - b) die Rechnungsprüfung
 - c) die Sprecherinnen und Sprecher der gem. § 20 Abs. 1 vom Bezirkshauptvorstand einberufenen Ausschüsse
und - sofern sie Mitglied des BV sind -
 - d) die Mitglieder des Hauptpersonalrats,
 - e) die bzw. der Vorsitzende des Bezirkspersonalrats (Bund),
 - f) Mitglieder des Bundesvorstandes.
- (7) Der BV trägt die Kosten für die Entsendung der in Abs. 1 und 6 genannten Personen.

§ 17 Zuständigkeit des Bezirkshauptvorstands

- (1) Der Bezirkshauptvorstand ist insbesondere zuständig für:
- a) berufspolitische, tarifpolitische und soziale Fragen von besonderer Bedeutung,

- b) die Nachwahl von Mitgliedern in die Bezirksleitung, der Rechnungsprüfung sowie von Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse im Falle vorzeitigen Ausscheidens,
- c) die Beschlussfassung über Anträge, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bezirkstages fallen,
- d) die Einsetzung von Ausschüssen für den Bezirkstag,
- e) die Festsetzung der Höhe der Aufwandsentschädigungen und Reisekosten sowie deren Bezugsberechtigten,
- f) die Bestimmung der Delegierten zur ordentlichen Bundeshauptversammlung sowie die Anzahl der Gastdelegierten.

(2) In den Kalenderjahren ohne ordentlichen Bezirkstag nimmt der Bezirkshauptvorstand die Aufgaben des Bezirkstages aus § 13

- a) – d) und f) Nrn. 3 bis 5 wahr.

§ 18 Bezirksleitung

- (1) Die Bezirksleitung besteht aus der bzw. dem Bezirksvorsitzenden, vier gleichberechtigten stellvertretenden Bezirksvorsitzenden und der Rechnungsführerin bzw. dem Rechnungsführer. Der Bezirksleitung gehört weiterhin eine Beisitzerin bzw. ein Beisitzer aus dem Kreis der BDZ – Senioren an.
- (2) Die bzw. der Bezirksvorsitzende und die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden sind je für sich Vorstand im Sinne des § 26 BGB.
- (3) Die Bezirksleitung tritt bei Bedarf zusammen. Dies soll mindestens vierteljährlich erfolgen und kann auch durch Mittel der Telekommunikation bewirkt werden.
- (4) Die Bezirksleitung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Für Beschlüsse ist die einfache Mehrheit erforderlich.
- (5) Die Bezirksleitung kann zu ihren Sitzungen Dritte hinzuziehen.
- (6) Die Bezirksleitung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 19 Zuständigkeit der Bezirksleitung

Die Bezirksleitung ist insbesondere zuständig für:

- a) die Geschäftsführung des BV,
- b) den Vollzug der Beschlüsse des Bezirkstages und des Bezirkshauptvorstands,
- c) die Beschlussfassung über Ort und Zeit des Bezirkstages,
- d) alle Angelegenheiten, über die nicht nach dieser Satzung der Bezirkstag oder der Bezirkshauptvorstand zu beschließen hat.

§ 20 Ausschüsse

- (1) Die Organe des Bezirksverbandes können sich durch Ausschüsse beraten lassen. Sie legen deren Zusammensetzung, Sitzungstermine und Häufigkeit fest.
- (2) Ständige Ausschüsse werden gebildet für
 - a) Frauenvertretung
 - b) Jugendvertretung
 - c) BDZ – Senioren
 - d) Tarifangehörige
- (3) Die ständigen Ausschüsse bestehen aus sechs Mitgliedern, davon möglichst je zwei aus den Bundesländern Hamburg, Mecklenburg – Vorpommern und Schleswig – Holstein und werden vom Bezirkshauptvorstand gewählt. Die Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse werden vom Bezirkstag gewählt. Sie sind stimmberechtigte Mitglieder des Bezirkshauptvorstandes. Sie vertreten zugleich ihr Bundesland im ständigen Ausschuss. Abweichend vom vorstehenden Satz 3 ist die Beisitzerin bzw. der Beisitzer gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2, soweit eine solche bzw. ein solcher gewählt ist, kraft Amtes Vorsitzende bzw. Vorsitzender des ständigen Ausschusses „BDZ – Senioren“.
- (4) Die ständigen Ausschüsse geben sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung durch den Bezirkshauptvorstand bedarf.

- (5) Die Bezirksleitung kann zu Sitzungen der Ausschüsse und ständigen Ausschüsse Sachverständige hinzuziehen.
- (6) Mitglieder der Bezirksleitung können mit beratender Stimme an den Sitzungen der ständigen Ausschüsse und Ausschüsse teilnehmen.

§ 21 Mitgliederinformation

Bei Bedarf informiert der BV durch Mitteilungsblätter, die in gedruckter oder elektronischer Form an die Ortsverbände versandt werden

§ 22 Regionale Gliederung

- (1) Der BV gliedert sich in Ortsverbände (OV). Die Gründungen der OV bedürfen der Zustimmung des Bezirkshauptvorstandes.
- (2) Ein OV sollte mindestens 30 Mitglieder haben.
- (3) Die Zugehörigkeit der aktiven Beschäftigten zu einem OV richtet sich grundsätzlich nach dem Dienort bzw. der Dienststelle. Ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus der aktiven Beschäftigung richtet sich die Zugehörigkeit grundsätzlich nach dem Wohnort. Sofern dort ein OV für BDZ-Senioren besteht, gehört das Mitglied diesem OV an.
- (4) Abweichend kann die Zugehörigkeit zu einem OV durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand oder der Bezirksleitung frei gewählt werden.

§ 23 Rechte der OV

- (1) Die OV sind berechtigt,
 - a) sich unter Beachtung dieser Satzung eine eigene Satzung geben,
 - b) Anträge an den Bezirkstag zu stellen,
 - c) über ihren Beitragsanteil zu verfügen,
 - d) Beiträge in den Informationsmedien des BV zu veröffentlichen.
- (2) Sofern im Bereich einer Behörde mehrere OV bestehen, können sich diese zur Vertretung gemeinsamer Interessen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen.

§ 24 Pflichten der OV

Die OV haben

- a) einen Vorstand zu wählen,
- b) die Satzung des BDZ, diese Satzung sowie die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse und Richtlinien zu beachten und für deren Durchführung in ihrem Bereich zu sorgen,
- c) regelmäßig mindestens einmal jährlich Mitgliederversammlungen abzuhalten und diese unter Mitteilung der Tagesordnung spätestens vier Wochen vorher der Bezirksleitung anzuzeigen,
- d) Änderungen im Mitgliederbestand und in den Vorständen der Bezirksleitung unverzüglich mitzuteilen,
- e) die Bezirksleitung über alle Angelegenheiten von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung und über ihren wesentlichen Schriftverkehr zu unterrichten sowie eine Ausfertigung ihrer Rundschreiben und Eingaben an diese zu übersenden,
- f) im Falle der Auflösung im Benehmen mit der Bezirksleitung zu beschließen, welchem OV die Mitglieder künftig angehören,
- g) den Mitgliedern und deren Hinterbliebenen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

§ 25 Satzungsänderungen

- (1) Jede Änderung dieser Satzung bedarf einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Bezirkstags. Wenn hierdurch die organisatorische Selbstständigkeit eingeschränkt oder ein Zusammenschluss mit einer anderen Gewerkschaft bewirkt werden soll, bedarf der Beschluss einer Dreiviertelmehrheit der Mitglieder des Bezirkstags.
- (2) Die nach dieser Satzung zu beschließenden Wahl- und Geschäftsordnungen sind nicht Bestandteil dieser Satzung und können von den zuständigen Organen mit einfacher Mehrheit geändert werden.

§ 26 Auflösung des BV

- (1) Die Auflösung des BV kann nur von einem zu diesem Zweck einberufenen Bezirkstag mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder dieses Bezirkstags beschlossen werden.
- (2) Der auflösende Bezirkstag wählt die Liquidatorin bzw. den Liquidator und beschließt über die Verwendung des BV-Vermögens sowie die künftige Zuordnung der Mitglieder.

§ 27 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit ihrer Beschlussfassung am Tage der Eintragung des Vereins im Vereinsregister in Kraft..